



CRPM CPMR

CONFERENCE DES REGIONS PERIPHERIQUES MARITIMES D'EUROPE
CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE

6, rue Saint-Martin 35700 RENNES - F
Tel. : + 33 (0)2 99 35 40 50 - Fax : + 33 (0)2 99 35 09 19
e.mail : secretariat@crpm.org - web : www.crpm.org

PROTOKOLL DER 35. HAUPTVERSAMMLUNG DER CRPM 17.-19. OKTOBER 2007 – FLORENZ (TOSKANA, ITALIEN)

DONNERSTAG, 18. OKTOBER 2007

ERÖFFNUNGSSITZUNG

Herr Claudio Martini (CRPM) heißt die Teilnehmer willkommen. Er erinnert daran, dass in der laufenden Planungsperiode wichtige Verhandlungen geführt werden, unter anderem zum europäischen Vertrag und zum zukünftigen Budget. Es sei deshalb wichtig, den Platz der CRPM im europäischen Gesamtszenario zu definieren, um eine Wachstumsanalyse der CRPM aufstellen zu können. Die CRPM werde von der europäischen Kommission für ihre Verlässlichkeit und die Beständigkeit ihrer Analysen geschätzt; sie biete nicht nur politische, sondern auch technische und wissenschaftliche Dienste an. Nach Meinung von Claudio Martini gelten die neuen Wachstumsaussichten auch für die Zusammenarbeit zwischen CRPM und anderen Regionen auf der Welt, in Verbindung mit der Initiative zur Schaffung eines weltweiten Netzwerkes. In diesem Zusammenhang werde die CRPM von der UNO als Gesprächspartner betrachtet. Herr Martini schließt ab, indem er noch einmal versichert, dass Europa zwar unser täglich Brot sei, aber dass die Regionen nun auch auf dem internationalen Parkett auftreten würden. Deshalb sei es notwendig, die Qualität unserer Arbeit zu verbessern.

*Der Sitzungsbericht der Hauptversammlung von Murcia wird von den Mitgliedern genehmigt.
Die Tagesordnung der Hauptversammlung wird von den Mitgliedern genehmigt.*

Eröffnung der Arbeitssitzungen der 35. Hauptversammlung der CRPM

SITZUNG I: BILANZ UND PERSPEKTIVEN DER CRPM

Herr Xavier Gizard (CRPM) stellt die Tätigkeitsbilanz der CRPM für die Zeit seit der letzten Hauptversammlung vor. Danach stellt er dieser Bilanz den von der Hauptversammlung von Stavanger im Jahre 2004 genehmigten Mittelfristigen Strategieplan (MFSP) gegenüber. Er erinnert daran, dass es über den Kontext des MFSP hinaus neue Elemente gibt, die eine Anpassung der Tätigkeit der CRPM notwendig machen: Neue Politiken (zum Beispiel Energie, Klimawandel, Einwanderung) aber auch die Globalisierung des Handels und damit die Überarbeitung der Strategie von Lissabon. Er meint, der Zeitraum 2008-2009 sei durch den Konsens darüber geprägt, dass es neben der Debatte zur Ratifizierung des Grundlagenvertrags keine andere Debatte auf europäischer Ebene geben soll (unter anderem zum Etat 2014-2020). In diesem Zeitraum sei eher eine allgemeine Diskussion über Grundfragen des europäischen Budgets angesagt. Die CRPM müsse also dafür sorgen, dass sie für die «echte Diskussion», die aller Wahrscheinlichkeit nach 2010 eröffnet wird, bereit ist.

Herr Claudio Martini weist abschließend darauf hin, dass sich jeder im Klaren darüber sein muss, dass ein Wachstumsprozess in Gange ist, und dass daraus das Beste zu machen ist.

Debatte

Herr Alberto Jardim (Madeira) dankt und gratuliert Präsident Martini für dessen Leitung der Arbeit der CRPM in den ganzen Jahren, sowie für sein Engagement und seine Begeisterung, die der CRPM zu dem hohen Ansehen verholfen haben, das sie heute genießt. Er sei mit der Forderung der CRPM nach Qualität völlig einverstanden. Die CRPM habe über die Verbreitung von einfachen politischen Erklärungen hinaus

einen echten technischen Sprung geschafft. Er weist jedoch darauf hin, dass der Qualitätsgewinn nicht gesichert sei, wenn keine echte politische Absicht dahinter steht. Er respektiere zwar das Konzept der Globalisierung, aber er möchte nicht, dass diese zu einer globalen Regierung führt, sondern im Gegenteil zur Konsolidierung der regionalen Identitäten. Schließlich fordert er die CRPM dazu auf, das Ziel, das sie sich gesetzt hat, nämlich sich für die Rolle der Regionen in den europäischen Institutionen einzusetzen, nicht aus den Augen zu verlieren, um die Freiheiten zu verstärken und eine echte demokratische Struktur zu sichern. Er möchte, dass durch den Einsatz der CRPM die Globalisierung und das Interesse der Regionen zusammengeführt werden.

Im Namen der Ostsee-Kommission hinterfragt **Frau Christel Liljeström (Itä-Uusimaa)** die Entwicklungsgeschichte des FOGAR (Forum Global d'Associations de Régions). Sie wisse nicht mehr, an welchem Datum die Entscheidung über eine verwaltungstechnische Verbindung zwischen der CRPM und dem FOGAR gefallen ist. In dieser Sache verlangt sie eine genauere Untersuchung der Entscheidungsprozesse innerhalb der CRPM. Diese Angelegenheit dürfe nicht als Nebensache einem anderen Punkt der Tagesordnung untergeordnet werden.

Der Vertreter von Kantabrien meldet sich zu drei 3 Punkten zu Wort:

- Er hebt hervor, welche Leistungen von der Region Kantabrien im Rahmen der Atlantikbogen-Kommission erbracht wurden, insbesondere im Bereich Luftverkehr;
- Er hält die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die ländliche Entwicklung für wichtige Themen für seine Region, die im Zusammenhang mit der Regionalpolitik und dem Klimawandel stehen;
- Er denkt, man solle das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung befolgen, auch in Zusammenarbeit mit anderen Zonen, daher sei die Schaffung von Allianzen zwischen den Regionen der CRPM und Regionen aus anderen Erdteilen notwendig. Diesbezüglich weist er darauf hin, dass in Spanien 20% der Entwicklungszusammenarbeit – das heißt fast 0,7% des spanischen BIP – von den lokalen und regionalen Behörden ausgeht.

Frau Annika Annerby Jansson (Schonen) ist der Ansicht, die lokalen Behörden sollen beim Investieren der Ressourcen auf internationaler Ebene vorsichtig sein. Eine breit angelegte Debatte, bei der alle Regionen die Gelegenheit gehabt hätten ihren Standpunkt zu vertreten, wäre für die CRPM von Nutzen gewesen.

Herr Richard Westlake (Devon) weist darauf hin, dass die Globalisierung auch in unseren Ländern und Regionen zu finden ist. Zwischen den europäischen Regionen gibt es Wechselwirkungen, die wirtschaftliche Vor- und Nachteile, sowie einige Herausforderungen mit sich bringen. Die CRPM muss ganz klar zeigen, wie sie ihre Rolle in der Globalisierung sieht. Wenn sie sich für eine globale Herangehensweise entscheidet, muss sie nachweisen, dass Bedarf besteht, muss sie die finanziellen Möglichkeiten untersuchen und den potentiellen Nutzen für die Regionen identifizieren, einschließlich in Sachen Haushalt.

Herr Roy Perry (Hampshire) möchte auf das im Tätigkeitsbericht aufgeführte Dossier «Migrationen» zurückkommen. Er meint, man müsse zwischen zwei Abschnitten unterscheiden, nämlich zwischen den inner- und den außergemeinschaftlichen Migrationen. Die Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt sei gering. Somit übe dieser nur begrenzt einen positiven Einfluss auf die europäische Wirtschaft aus, die sich nicht so gut weiterentwickelt wie die der USA. Mit der EU-Erweiterung habe es bedeutende Migrationswellen aus den Ländern Osteuropas gegeben. Das Vereinigte Königreich profitiere davon, aber gleichzeitig seien auch Schwierigkeiten aufgetreten (Wohnraum, öffentliche Gesundheit). Das Räderwerk der innereuropäischen Wanderungen müsse also geschmiert werden, zum Beispiel indem man den Gastregionen mit Beihilfen unter die Arme greift.

Herr François Maïtia (Aquitanien) meldet sich zu drei Punkten zu Wort:

- Er sichert dem FOGAR die Unterstützung der Region Aquitanien zu. Er meint, die Regionen können sich nicht aus der Gestaltung der Globalisierung heraushalten. Sie müssten sich in die Debatte einbringen und dabei erklären, dass das europäische Modell der Regionalpolitik für alle Regionen auf der Welt positiv ist. Wenn die Regionen nicht mitmachen, werden sie von der Globalisierung überrollt werden. Er bemerkt, dass die Regionen bereits in mehreren weltweiten Netzwerken involviert sind. Was ist daran erstaunlich, dass sich die mächtigste europäische Regionalorganisation in die Debatte einbringt? Er findet dies lobenswert und ermutigt sie, genauso weiter zu machen. Er bestätigt außerdem, dass die AGEG (Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen) – Unterzeichner der Erklärung von Marseille – das FOGAR unterstützen wird, und

weist darauf hin, dass die AGEG der CRPM ihre Führungsrolle bei dieser Initiative nicht abstreitet. Seiner Meinung nach sei die territoriale Kohäsion eine unverzichtbare Ergänzung zur sozialen Kohäsion. Wie könne das Migrationsproblem angegangen werden, wenn es keine weltweite territoriale Kohäsion gibt? Er meint, die notwendigen Mittel für regionale Politiken im globalen Maßstab seien von der Weltwirtschaft aufzubringen. Der UNO werde klar, dass die Beihilfepolitik allein über die Staaten nicht funktioniert, und dass man für deren Umsetzung unbedingt die Regionen braucht.

- Des Weiteren sei er damit einverstanden, dass Aquitanien die Arbeitsgruppe der CRPM zur gemeinsamen Agrarpolitik koordiniere, denn die GAP sei eine Kernfrage für das allgemeine Gleichgewicht unter den regionalen Territorien.
- Abschließend lädt er alle Teilnehmer zur Hauptversammlung der CRPM 2008 nach Bayonne ein.

Herr Jérôme Polvéryni (Korsika) pflichtet der von Präsident Alberto Jardim erstellten Globalisierungsanalyse bei. Das ursprüngliche Kernanliegen der CRPM sieht er in der Vertretung der Interessen der Randgebiete Europas gegenüber der blauen Banane. Die Globalisierung dürfe nicht als Erweiterung des Aktionsradius der CRPM gesehen, sondern müsse als ein zu berücksichtigender Parameter, als Argument der CRPM im Kampf für die benachteiligte Peripherie betrachtet werden.

Herr Abdelkader Fradi (Sousse) erwähnt, dass die Regionen in den kommenden Jahren von der sprunghaften Zunahme des Seeverkehrs auf allen Meeren, einschließlich des Mittelmeers, leben werden. Er ruft also zur Bevorzugung einer streng mediterranen Politik auf. Darüber hinaus müsse Einwanderung positiv, das heißt im Sinne von Ergänzung, Zusammenarbeit und Miteinander gestaltet werden, denn Handelsbeziehungen könnten nicht ohne den Austausch von Menschen und deren Leistungen erweitert werden.

Herr Claudio Martini antwortet auf die von den Teilnehmern aufgeworfenen Fragen:

- Er meint, die Überlegung von Herrn Alberto Jardim sei interessant und müsse weitergeführt werden.
- Er freue sich über die Diskussion zum Thema FOGAR, denn sie fördere eine unbedingt notwendige Transparenz. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass bei der Tagung des Politischen Vorstandes in Florenz (Februar 2007) und in Augustów (Juni 2007) darüber gesprochen wurde, sich in diese Richtung zu bewegen. Über den entsprechenden Prozess wurde bei der Hauptversammlung von Murcia im Jahre 2006 noch nicht diskutiert, weil die Reflexionsarbeit noch nicht ausgereift war.
- Die Bildung des FOGAR sei nicht auf die alleinige Initiative der CRPM zurückzuführen. Die Idee sei in Marseille auf Initiative von Michel Vauzelle, Vorsitzender der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, entstanden. Sie ergab sich aus der Übereinstimmung der Ansichten mehrerer Personen und des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP).
- Die CRPM trägt die Verantwortung für das Generalsekretariat des FOGAR, weil sämtliche weltweiten Netzwerke sie darum gebeten haben, aufgrund ihres Ansehens auf dem europäischen Parkett. Die Vertreter des FOGAR werden sich mit Verantwortlichen der UNO treffen, um zu erörtern, was sie von diesem Netzwerk erwarten und dann wird die Debatte fortgeführt. Im nächsten Jahr wird bei den Hauptversammlungen der geographischen Kommissionen eine Diskussion zu dieser Frage stattfinden.
- Zu bemerken sei, dass sich mit dem Engagement im Rahmen des FOGAR die Anzahl der Arbeitsfelder der CRPM nicht verringert hat. Die Finanzierung des FOGAR erfolge über zusätzliche freiwillige Beiträge, die keine Auswirkung auf die von den Regionen an die CRPM entrichteten Beiträge haben. Diese Aspekte würden lediglich einen begrenzten Platz in der Tätigkeit der CRPM einnehmen.

Die Tätigkeitsbilanz wird verabschiedet.

SITZUNG II: DIE NEUEN FAKTOREN DER REGIONALENTWICKLUNG IN EUROPA

THEMA 1: LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Herr Patrick Anvroin (CRPM) leitet die Sitzung ein. Er weist darauf hin, dass es heute zwar einen Transfer von der 1. zur 2. Säule der GAP (es wird auch von Modulation gesprochen) gibt, aber dafür keine echte

Strategie für eine ländliche Entwicklung im Maßstab der europäischen Union. Danach legt er die vom Generalsekretariat der CRPM durchgeführte Studie über die Abhängigkeit der Regionalwirtschaften von der 1. Säule der GAP vor:

- Die Regionen im Norden Europas sind stärker davon abhängig als die im Süden. Diese Feststellung gilt sowohl für die Mitgliedstaaten untereinander als auch für die Regionen innerhalb eines Mitgliedstaates;
- Ausgehend von der Einschränkung der 1. Säule der GAP zeigt die Typologie der Studie 7 regionale Interessengruppen auf, und somit zeugt sie von der Heterogenität der Situationen;
- die GAP trägt nicht zur territorialen Kohäsion bei: Wie kann ein Ausgleich dafür geschaffen werden? Dieser Aspekt wird zu den Kernfragen der Arbeitsgruppe der CRPM zur GAP gehören;
- Zur 2. Säule der GAP wird eine ergänzende Studie durchgeführt werden müssen.

Frau Aurélie Trouvé (ENESAD) berichtet über die Ergebnisse aus ihrer Forschungsarbeit zu den Handlungsspielräumen und zur Differenzierung der Agrarpolitiken in Europa. Nachdem sie noch einmal den Hintergrund der Diskussion geschildert hat, weist sie darauf hin, dass:

- Die Regionen bei der 2. Säule über größere Handlungsspielräume verfügen als bei der 1. Säule, auch wenn sich diese Spielräume seit den 1990er Jahren allgemein ausgeweitet haben;
- die Handlungsmöglichkeiten immer noch stark von den Mitgliedstaaten bestimmt werden (sie unterscheidet 4 Regionentypen);
- obwohl die Regionen eine relevante Koordinierungsebene sind, haben sie noch einige institutionelle Hürden zu überwinden;
- die Liberalisierung des Agrarsektors von Problemen der interregionalen Kohäsion und der Wettbewerbsverzerrung begleitet wird.

Abschließend erklärt sie, dass die Agrarpolitik innerhalb der nationalen und europäischen Agrarpolitiken neu überdacht werden muss. Bei den Veränderungen müsse man sich lediglich von ökologischen und sozialen Gesichtspunkten leiten lassen, die Politik solle nicht komplett auseinander genommen werden.

Herr Andrew Moxey (Consultant) erläutert den „Sub Rosa“- Ansatz, der im März 2007 von Beamten und Akademikern der Highland and Islands, des Scottish Executive und des Scottish Government entwickelt wurde.

Debatte

Frau Christel Liljeström kommentiert zwei Aspekte:

- Sie schätzt die Debatte zur GAP als sehr wichtig für die CRPM ein, und meint, das Thema werde von der richtigen Seite angegangen. Jeder verstehe, dass eine Reform notwendig sei, denn der Einsatz sei enorm: Die GAP subventioniere die Landwirtschaft, aber Sorge dafür, dass Lebensmittel zu einem annehmbaren Preis zur Verfügung stehen. Außerdem seien aufgrund des Klimawandels in den kommenden Jahren im Bereich Ernährung Änderungen zu erwarten.
- Sie bemerkt, dass in der vom Generalsekretariat der CRPM angefertigten Studie die baltischen Staaten nicht berücksichtigt werden und meint außerdem, manche Schlussfolgerungen seien ohne das richtige Verständnis für die Situation des Nordens aufgestellt worden: Tatsächlich sei dort das Szenario viel differenzierter als es den Anschein hat. Man sollte sich auf die Konsequenzen der Einleitung von Nährstoffen in die Ostsee konzentrieren. Konkurrenzfähigkeit sei nicht die einzige Antwort. Mit der Reform müsse die Gelegenheit genutzt werden, das Problem des Klimawandels in die GAP aufzunehmen.

Frau Annelie Stark (Västra Götaland) denkt, die Landwirtschaft gehöre zu den großen Fragen, die von den Regionen debattiert werden muss. Es gehe nicht nur um die GAP, sondern auch um die Kohäsionspolitik, den Haushalt und darum, diese Fragen mit Lissabon und Göteborg in Verbindung zu bringen. Sie freue sich, dass die Diskussion darüber eröffnet wurde. Sie weist darauf hin, dass die Nordsee-Kommission den Bemerkungen von Frau Christel Liljeström im Namen der Ostsee-Kommission beipflichtet.

Herr Jerzy Kwieciński (polnische Regierung) bemerkt, die Studie würde nicht die neuen Mitgliedstaaten abdecken, und deshalb könne kein vollständiges Bild der Situation erstellt werden. Er weist ebenso darauf

hin, dass die Verbindung zwischen GAP und Kohäsionspolitik, vor allem mit Blick auf die Umwelt, für ihn grundlegend sei.

Herr Humphrey Temperley (Devon) schätzt, mit der französischen Ratspräsidentschaft und den Europawahlen werde die Revision der GAP zu einer wichtigen Etappe. Er denkt, die 2. Säule wirke sich positiv auf die landwirtschaftliche Entwicklung aus, aber die Vorteile für die Umwelt seien nur Illusion. Er sei wegen der «Versteinerung» der landwirtschaftlichen Betriebe beunruhigt: Subventionen zu bekommen ermuntere nicht gerade zu Reformen, und die europäischen Steuerzahler können das nicht mehr sehr lange hinnehmen.

Herr Patrick Anvroin schließt die Debatte mit folgenden Hinweisen:

- Die meisten Wortmeldungen stammen von den nördlichen Regionen und betreffen die 1. Säule, dies zeuge von ihrer Sensibilität in diesem Punkt.
- Er bedauere, dass man sich durch das Fehlen von Daten über Polen und im allgemeinen über die neuen Mitgliedstaaten keine komplette Übersicht der Lage verschaffen konnte. Die Arbeit müsse also vervollständigt werden.
- Die Deckelung der Beihilfen werde von der Arbeitsgruppe berücksichtigt werden.

THEMA 2: DIE AUSWIRKUNG DES KLIMAWANDELS

In einer Videobotschaft präsentiert **Herr Pierre Schellekens (GD Umwelt der europäischen Kommission)** die Grundgedanken des Grünbuchs zum Klimawandel.

Herr François Desrentes (CRPM) stellt den Entwurf für den Beschluss der CRPM über den Klimawandel vor. Die CRPM lobt die Initiative der europäischen Kommission und weist darauf hin, dass die Regionen in der Lage sind, unmittelbar zur Verwirklichung der beiden Ziele „Anpassung“ und „Abschwächung“ beizutragen. Es reiche nicht aus, die aktuellen Politiken zu verändern, um sich für die künftigen Herausforderungen zu wappnen, beteuert er: Dabei betrachte die CRPM die im Grünbuch vorgeschlagenen Antworten als nicht angemessen, und sie verlange die schnellstmögliche Bildung von «Generalständen der nachhaltigen Entwicklung» in Europa.

Frau Ségolène Royal (Poitou-Charentes) geht auf zwei für den Klimawandel vorrangige Aktionsfelder ein, nämlich die erneuerbaren Energien und den Schutz der durch den Klimawandel beeinträchtigten Lebensräume und Meeresressourcen.

Bezüglich der erneuerbaren Energien versichert sie, es sei eine neue politische Dynamik notwendig, um die Offshore-Nutzung der Windenergie auszubauen. Sie bedauert, dass in Europa das Potential der Solarenergie so wenig genutzt werde, und sie ruft dazu auf, von einem zentralen System zu einem Netz von kleinen Verbraucher-Erzeuger-Einheiten überzugehen. Sie erinnert an den Kooperationsbedarf in Sachen Forschung und Industrie für die Energie aus dem Meer, vor allem die Gezeitenenergie.

Bezüglich des Schutzes der Ressourcen und Lebensräume des Meeres bedauert sie stark, dass die Organisation «Grenelle Environnement» keine Vorschläge zum Seeverkehr habe. Die Zeit der Ausflüchte und des Hinausschiebens sei vorbei, es sei jetzt an der Zeit zu handeln. Die Regionen würden die Fähigkeit haben, die Notbremse zu ziehen und die europäische Kommission diesbezüglich um Unterstützung zu bitten.

Debatte

Herr Christian Guyonvarc'h (Bretagne) bestätigt, dass die Region Bretagne die CRPM bei ihrem Wirken in der Frage des Klimawandels unterstützt. Er weist darauf hin, dass sich nicht der Klimawandel an die Politiken anpassen wird, sondern umgekehrt! Er stellt dann die zwei von seiner Region vorgelegten Änderungen vor: Bei der ersten geht es um die notwendige Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene und das Meer, bei der zweiten um die Veranstaltung des zweiten Gipfels des Netzwerkes nrg4SD, eines Events mit deklarativem Charakter, das Ende Oktober 2008 in Saint-Malo stattfinden wird. Es soll aufzeigen, in welcher Weise die Regionen vom Klimawandel betroffen sind und was sie tun, um sich an die Veränderungen anzupassen.

THEMA 3: DIE REGIONEN UND DIE GOVERNANCE DER GLOBALISIERUNG

Frau Marie-Ange Orihuela (CRPM) beschreibt die Etappen, die zur Bildung des FOGAR geführt haben und fasst noch einmal die damit verbundene Arbeit der CRPM zusammen:

- 2004: Zweiter mittelfristiger Aktionsplan der CRPM;
- 2006: Azoren-Seminar über die Bedürfnisse der Regionen in Sachen Globalisierung;
- 2007: Erster internationaler Konvent für einen territorialen Entwicklungsansatz in Marseille.

Diese Unternehmungen sollen den Regionen Gehör verschaffen, eine strategische Governance mit Einbeziehung der Regionen fördern und die gemeinsame Arbeit zwischen den einzelnen Governance-Ebenen gestalten.

Für die kommende Zeit hat sich die CRPM folgendes vorgenommen:

- Strukturierung des neuen Netzwerkes;
- Herausgabe eines Leitfadens über die internationalen Finanzierungen;
- Institutionsarbeit zum Zweck der Anerkennung bei den Vereinten Nationen und der EU.

Frau Orihuela erinnert schließlich daran, dass das „Zweite internationale Treffen für einen regionalen Entwicklungsansatz“, das gemeinsam mit dem UNDP, der Region Tanger-Tétouan und dem Königreich Marokko veranstaltet wird, für den 12. bis 14. Mai 2008 in Tanger geplant ist.

Herr Xavier Gizard weist darauf hin, diese Initiative sei das Ergebnis von fast zehn Jahren Arbeit, die gekennzeichnet waren von dezentralisierter Zusammenarbeit, von Schiffsunglücken, welche die globale Dimension der Politiken verdeutlicht haben, und von der Schaffung des Netzwerkes «nrg4SD» im Anschluss an den Erdgipfel von Johannesburg im Jahr 2002.

Er verweist auf die Abschlusserklärung der Hauptversammlung von Murcia im Jahre 2006 und auf die Schlussfolgerungen der Tagung des Politischen Vorstandes im Juni 2007 in Podlachien, die das entsprechende Mandat der CRPM begründen.

Herr Michel Vauzelle (Provence-Alpes-Côte d'Azur) meldet sich im Namen der intermediterranen Kommission zu Wort; er plädiert für eine neue Governance im Mittelmeerraum und weist auf die Arbeit einer von der Region Kampanien moderierten Arbeitsgruppe hin, sowie auf das Experiment, das in Marokko im Rahmen des UNDP-Programms Art Gold durchgeführt wird.

Er zeigt die neue Ambition für das Mittelmeer auf: Eine neue Allianz für Frieden, nachhaltige Entwicklung und Kultur. Diese Perspektive sei aus der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und der kulturellen-hier vor allem im Hinblick auf die Erhaltung der Sprachenvielfalt - Dringlichkeit heraus entstanden.

Angesichts der mehr als bescheidenen Ergebnisse der Partnerschaft «EUROMED» ist die Suche nach einem neuen Weg zu einer Kohäsionspolitik angesagt, die zur Stütze einer renovierten gemeinsamen Auslands politik in der betreffenden Zone werden könnte. Es gelte also, eine Strukturpolitik zu formalisieren, die auf vier Säulen beruht: Kohäsion, gemeinsame mediterrane Agrarpolitik für die nördlichen und die südlichen Länder des Beckens, multilateraler Investitionsfonds für Wasser und Energie, Kultur.

Herr Vauzelle erklärt, diese Ambition müsse die Zone Balkan/Schwarzes Meer miteinbeziehen und mit den Zielen des Millenniums verbunden sein. Der euromediterranen Partnerschaft müsse also neuen Atem eingeflößt werden, um eine neue Vision für den Zeitraum 2014-2020 zu schaffen.

Im Namen der Kommission Balkan/Schwarzes Meer lädt **Herr Yavuz Mildon (Europarat)** Präsident Martini dazu ein, die Initiative FOGAR vor dem Europarat zu präsentieren. Danach weist er auf die aktuellen Bemühungen zur Schaffung der Euroregion «Schwarzes Meer» nach dem Modell der Euroregion „Adria“ (23 Regionen) hin. Herausforderungen gäbe es dabei hauptsächlich im wirtschaftlichen und ökologischen Bereich.

Er bittet die CRPM um ihre Unterstützung für ein neues Rechtsinstrument für die regionale Demokratie in dieser Zone und betont die Relevanz der regionalen Ebene für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Frau Marlène Mélisse (Guadeloupe) bringt im Namen der ultraperipheren Regionen die Großnachbarschaftspolitik zur Sprache, die 2004 von der europäischen Kommission vorgeschlagen wurde, um die Eingliederung der UPR in ihr geographisches Umfeld zu begünstigen.

Diese Politik beschränke sich auf Nachbarstaaten und sie könne nicht als Eingliederungspolitik verstanden werden, denn sie schließt weder Handels- noch Zollfragen ein. Diese Großnachbarschaftspolitik habe allerdings eine Integrationsbewegung eingeleitet, und zwar vor allem mit drei wesentlichen Vorhaben, bei denen es jeweils um die Harmonisierung des Geschäftsrechts mit Haiti, um den Kabelanschluss für die Karibik und um die Anfälligkeit für Naturkatastrophen ging.

Dieses Instrument gebe also zwar einen Vorgeschmack auf die gute Governance, aber den nationalen und gemeinschaftlichen Behörden fehle es dennoch an Kohärenz, insofern die Regionen trotz erwiesener Fähigkeit mit den globalen Politiken umzugehen, aus den Verhandlungen herausgehalten werden.

Im Namen der Ostsee-Kommission spricht **Frau Christel Liljeström** die Frage der Nachbarschaftspolitik im Baltikum an. Alle Regionen würden diese Politik weiter führen wollen und dabei den neuen Planungszeitraum an neue Bedingungen anpassen. Sie pflichtet der vom Präsidenten der europäischen Kommission, Herrn Barroso, vorgeschlagenen Differenzierung bei und hebt die Notwendigkeit hervor, bei dieser Politik auf die unmittelbaren Auswirkungen für die Bürger und Bürgerinnen zu achten.

Auch wenn mehrere Länder aus dieser Zone wegen ihrer Demokratieverhältnisse Probleme bereiten (insbesondere Weißrußland) sollte diese Politik dennoch fortgeführt werden.

Im Zeitraum 2007-2013 werden die Programme auf Kohäsion, Konkurrenzfähigkeit und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sein, und auf die Einbeziehung neuer Partner zielen. Dabei seien vier Prioritäten bestimmt worden: KMU, Verkehr, bessere Bewirtschaftung der Ressourcen der Ostsee und Bündnis Städte/Regionen in Sachen nachhaltiger Entwicklung.

Die nördliche Dimension zielt auf einen für die Stabilität der Zone wesentlichen Punkt ab, nämlich auf die Zusammenarbeit mit Russland bei der Energieversorgung. Allerdings kann das Instrument der Nachbarschaft hier nur begrenzte Wirkung haben. Die Regionen werden dieses Programm weiterhin tatkräftig unterstützen, um ein Werkzeug zu fördern, das in der betreffenden Zone für Frieden und Wohlstand sorgen kann.

Debatte

Herr Louis Le Pensec (CGLU - Mitglied im Verwaltungsrat der CRPM) bemerkt, dass die Ambition der CGLU (Cités et Gouvernements Locaux Unis) darin besteht, den lokalen und regionalen Behörden zu einer gemeinsamen Stimme auf dem internationalen Parkett zu verhelfen. Für ihn ist die Zeit reif für den Dialog zwischen CGLU und FOGAR, denn beide verfolgen dieselben Ziele. Es wäre jetzt sinnvoll, durch Zusammenlegen von Sachverstand einen Synergieeffekt zu erzeugen und gemeinsame Arbeitsfelder zu bestimmen.

Herr Anthony Papadimitriou (Kommission Balkan/Schwarzes Meer) beschreibt die Bemühungen der Regionen der betreffenden geographischen Kommission in Bezug auf die Kooperationsprogramme. Er plädiert für eine Verstärkung der Synergien zwischen den einzelnen Instrumenten.

Herr Kevan Lim (East of England Regional Assembly) bemerkt, dass die globale Dimension zwar erforderlich sei, aber dass man sich in erster Linie völlig im Klaren darüber sein sollte, warum und wie sich die Regionen hier engagieren sollen. Für ihn sei der beste Ansatz die Schaffung nicht neuer Institutionen bzw. Strukturen, sondern sinnvoller Werkzeuge für die Regionen.

Er plädiert für Transparenz bei der Finanzierung und betont die Notwendigkeit des offenen und konkreten Austausches. Er fordert den politischen Vorstand der CRPM dazu auf, sich mit dem Thema FOGAR auseinanderzusetzen.

Auf diese Äußerungen erwidert **Herr Claudio Martini**, alle Beiträge würden zeigen, dass unsere Tätigkeit über die Grenzen Europas hinausgehen. In Bezug auf den Einfluss des FOGAR auf die Aktivitäten der CRPM meint er, diese neue Initiative habe unsere Investitionen in anderen Bereichen nicht beeinträchtigt. Er sei dafür, die weiteren Entwicklungen in diesem Punkt genau zu verfolgen, meint aber, diese Diskussion solle nicht zu einer Pro und Kontra Debatte für eine bestimmte Leitlinie werden. Unser Engagement bei den gemeinschaftlichen Angelegenheiten und die Öffnung für globalen Fragen würden sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern ergänzen.

Bezüglich der Finanzierung sei er damit einverstanden, ganz genau zu verfolgen, welche Mittel für das FOGAR bereitgestellt werden. Er schlägt vor, diese Fragen Anfang November nach den Arbeitssitzungen mit den UNO-Beauftragten wieder aufzugreifen.

Herrn Louis Le Pensec dankt er für die zugesicherte Dialogbereitschaft, die entsprechend geschätzt werde.

THEMA 4: DIE FORDERUNG NACH TERRITORIALER KOHÄSION

Zur Einleitung der Sitzung beschreibt **Herr Xavier Gizard** die Geschichte des Begriffs „territoriale Kohäsion“, angefangen mit dem Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK) vor etwa zehn Jahre bis zum Treffen von Leipzig im Mai 2007.

Die Wiederaufnahme der dazugehörigen Arbeiten durch die portugiesische Ratspräsidentschaft beruht auf einer «territorialen Agenda» und einem Aktionsplan. Der Rat dürfte einen vertraglichen Rahmen zur Umsetzung dieses Aktionsplans verabschieden. Dies sei ein innovativer Ansatz, dem Lob gebühre.

Herr Manuel Chaves Gonzalez (Andalusien) beglückwünscht Präsident Martini und betont wie stark der Wunsch nach Kohäsion ist, aber dass diese immer noch nicht endgültig gesichert ist. Zur Erläuterung sagt er, das Konzept der territorialen Kohäsion stoße zum Teil deshalb auf wenig Akzeptanz, weil schon die soziale Kohäsion kein großer Erfolg war.

Wir befinden uns heute an einem Schlüsselpunkt für die EU. Die nächste Planungsperiode müsse ihr unbedingt gelingen, aber gleichzeitig sei die Verwirklichung der Ziele von Lissabon und die Glaubwürdigkeit der EU durch das Fortbestehen der Ungleichgewichte gefährdet.

Die wesentliche Herausforderung der heutigen Zeit liege darin, die Ziele von Lissabon mit denen von Göteborg in Einklang zu bringen. Dies könne nur erreicht werden, wenn alle an einem Strang ziehen.

Der Klimawandel sei eine weltweite Erscheinung, bei der den Regionen eine große Rolle zukomme, wie es die Region Andalusien mit ihrem andalusischen Aktionsplan bezeugt.

Zwischen Nord und Süd gäbe es immer noch unzumutbare Wohlstandsgefälle. Mit der Zeit haben sie sich sogar noch verstärkt (heute liegt zum Beispiel das Verhältnis zwischen dem marokkanischem und dem spanischen BIP bei 1 zu 14, dagegen lag es vor 20 Jahren bei 1 zu 6). Es sei also wichtig, einen Ansatz zu finden, der ein besseres Gleichgewicht in die Beziehungen zu unseren Nachbarn bringt. Der Prozess von Barcelona müsse noch deutlich verstärkt werden, trotz seines relativen Misserfolges bis zum heutigen Tag.

Zum Thema Einwanderung meint Präsident Chavez, jedwede Politik, die das Problem nicht in seiner Gesamtheit anpackt, sei zum Scheitern verurteilt. Deshalb müssten die erforderlichen Mittel bereitgestellt und das Finanzierungssystem erheblich verändert werden. Der Mittelmeerraum könne die Einwanderungsfrage nicht alleine meistern, die EU müsse sich ihrer annehmen und sich dabei vorrangig folgenden Punkten widmen:

- Einrichtung einer gemeinsamen Einwanderungspolitik;
- Einrichtung einer Politik der Entwicklungszusammenarbeit;
- Einrichtung eines europäischen Managements für die Außengrenzen und die Migrationsbewegungen.

Solche Regelungen seien ganz dringend notwendig und die Regionen könnten dazu beitragen.

Debatte

Herr Claudio Martini begrüßt zunächst die Vertreter der griechischen, polnischen, portugiesischen und slowenischen Regierung und eröffnet dann die Debatte.

Herr Jens Sundström (Norrbotten) betont die Notwendigkeit, den Kohäsionsfonds beizubehalten und weist mit Nachdruck auf die Bedeutung der Reform der GAP hin. Er spricht sich dafür aus, die Kohäsionspolitik auf alle Gebiete zu erweitern und verlangt eine Reflexion zu den BIP-Kriterien, die durch Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit und Migrationen ergänzt werden sollten.

Auch **Herr Jerzy Kwieciński (polnische Regierung)** hebt die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die europäischen Regionen hervor. Er macht auf die nächste Haushaltsrevision aufmerksam, an welcher sich die Regionen beteiligen müssen. Er weist schließlich darauf hin, dass die Begünstigten der Strukturfonds eine besondere Verantwortung tragen, denn sie müssten den Nachweis dafür erbringen, dass die ihnen zugewiesenen Mittel sich positiv auf Vermögensverhältnisse und Beschäftigung auswirken.

Herr Xavier Gizard kündigt die Wiederaufnahme der Reflexion zur Frage der Kohäsion an, nachdem diese eine Zeit lang auf Eis gelegt war. Eine Notiz mit Erörterung der Stellungnahmen der CRPM werde im Januar 2008 anlässlich eines Seminars, das zu dieser Frage in Sevilla veranstaltet wird, unterbreitet.

Diese Frage wird auch das Kernthema der nächsten Hauptversammlung der CRPM im Oktober 2008 in Aquitanien sein.

Herr Kevan Lim (East of England Regional Assembly) kommt auf das FOGAR und auf den Prozess zurück, der zur aktuellen Situation geführt hat. Er ersucht den Politischen Vorstand, sich dieser Frage anzunehmen.

Herr Claudio Martini erinnert daran, dass es bei der Debatte zur territorialen Kohäsion hauptsächlich darum geht, die Chancengleichheit für die Gebiete zu gewährleisten und in diesem Sinne wäre es für die CRPM äußerst sinnvoll, das Thema wieder aufzugreifen. Er bedankt sich bei den Vertretern der Staaten und schließt die Sitzung.

SITZUNG DES POLITISCHEN VORSTANDES DER CRPM

Aufgrund der Diskussionen zum FOGAR in der Plenarsitzung (s. Sitzung 1) schlägt Herr Claudio Martini vor, einen entsprechenden zusätzlichen Punkt auf die Tagesordnung des Politischen Vorstandes zu setzen. Dieser Vorschlag wird angenommen.

1- FOGAR

Herr Claudio Martini leitet die Debatte ein.

- Er weist auf das für Anfang November auf Einladung des UNDP geplante Treffen der Mitglieder des FOGAR mit der UNO hin. Dabei soll erörtert werden, auf welcher Weise das FOGAR als Instrument einer strukturierten Diskussion zwischen der UNO und den Regionen genutzt werden kann. Dieses Treffen sollte die Absichten der UNO diesbezüglich klären. Er schlägt vor, dass:
 - o Im Vorfeld der Debatte alle Mitgliedregionen der CRPM zu dieser Frage ein vollständiges Dossier zugeschickt bekommen;
 - o anlässlich der Sitzung des politischen Vorstandes im Januar 2008 eine Bilanz gezogen wird, in der die Bemerkungen und Kommentare der Mitgliedregionen verarbeitet werden.
- Es kommt ihm merkwürdig vor, dass alle internationalen Instanzen die CRPM bitten, aus dem FOGAR ein globales Instrument zu machen und gleichwohl manche Mitgliedregionen an der Zweckmäßigkeit dieser Initiative zweifeln. Er sei jedoch völlig legitim, darüber zu diskutieren.

Herr Jean-Yves Le Drian schätzt, die Vorschläge von Herrn Claudio Martini werden etwas Abkühlung in die Diskussion bringen, die seiner Meinung nach durch ein Mißverständnis hervorgerufen wurde. Nach seinem Verständnis geht es weder darum, die CRPM aufzulösen, noch darum dass diese mit dem FOGAR fusioniere. Die CRPM wird ihre Autonomie bewahren und ihre Beteiligung an den Aktivitäten des FOGAR wird über freiwillige Beiträge der Regionen finanziert.

Frau Christel Liljeström stimmt den unterbreiteten Vorschlägen zu. Sie denkt ebenfalls, dass die Diskussionen in der Plenarsitzung auf ein Kommunikationsproblem zurückzuführen sind. Da es in den einzelnen Sitzungen oft verschiedene Teilnehmer gebe, meint sie, die Entscheidungsmechanismen müßten äußerst transparent sein.

Herr Kevan Lim hofft, dass der Vorschlag von Januar 2008 keine finanzielle Konsequenzen haben wird. Er fügt hinzu, die Ziele des FOGAR müßten gleichzeitig politisch und fachbezogen sein.

Frau Annelie Stark betont, wie wichtig es sei, eine genaue Vorstellung von den finanziellen Auswirkungen des FOGAR zu haben.

Herr Philippe Bonneau (Basse-Normandie) sichert dem FOGAR die volle Unterstützung seiner Region zu. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Arbeiten der CRPM sich nicht international niederschlagen. Darüber hinaus sei er von der Transparenz dieser Initiative überzeugt.

Herr Jorma Pitkälä (Paijät Häme) stimmt den Vorschlägen von Herrn Claudio Martini zu.

Herr Claudio Martini schlägt vor, die Debatte mit der Genehmigung des Sitzungsprotokolls des Politischen Vorstandes von Augustów zu schließen. Dieses Protokoll wird verabschiedet.

2- Finanzielle Entscheidungen: Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2008 und finanzielle Situation im laufenden Jahr

Die Herren Yves Morvan und Jacques Boulau (Verwaltungsrat) legen den Jahresabschluss in drei Stufen vor.

2.1. In einem ersten Punkt wird über den Jahresabschluss 2006 berichtet, der quasi ausgeglichen ist (-6.000 €). Der Jahresabschluss 2006 ist bereits vom Politischen Vorstand bei seiner Tagung in Augustów verabschiedet worden, und muss noch durch die Hauptversammlung der CRPM ratifiziert werden.

2.2. Der zweiten Punkt umfaßt die Informationen zum Jahresabschluss 2007, der aufgestellt wird und für den das Budget durch den Verwaltungsrat und die Hauptversammlung der Regionen in Murcia im Jahr 2006 bewilligt wurde. Trotz der Aufstockung des Reisepostens sollte Ende des Jahres das Ergebnis leicht im Plus sein (voraussichtlich + 50 bis 60 k€). Dies erklärt sich durch:

- o Die zusätzlichen Einnahmen durch den Beitritt 3 neuer Regionen;
- o die Begleichung der Rückstände durch die Region Sizilien;
- o zusätzliche Einnahmen für Kooperationsprojekte mit SDEA (Defizit durch den Fonds Sud Europe Atlantique aufgefangen) und Gederi (Defizit zum Teil durch außergewöhnliche Beiträge von 4 Regionen aufgefangen).

Debatte zum Jahresabschluss 2007

Herr Kevan Lim gibt die Erhöhung des Reise-Budgets Anlaß zur Sorge. Mit der Auskunft, dass dieses Budget unterschätzt wurde ist er nicht zufrieden.

Herr Henning Gjellerod (Midtjylland) meldet sich im Namen der dänischen Regionen zu Wort. Diese haben über die Frage diskutiert und teilen die Besorgnis des Vertreters der East of England Regional Assembly.

Herr Xavier Gizard bemerkt, dass die Reisekosten 2007 so angesetzt waren, dass sie leicht unter den tatsächlichen Kosten lagen, um ein ausgeglichenes Budget vorlegen zu können. Kein Wunder also, dass diese Zahlen überschritten wurden.

2.3. Der dritte Punkt betrifft den Vorschlag für den Haushalt 2008. Herr Yves Morvan weist darauf hin, es sei gleichzeitig geplant zu sparen (Schließung der Zelle für prospektive Analysen von Porto, Streichung einer Assistenzstelle in Brüssel, Auslauf des Fischereivertrages) und zu expandieren (Einstellung einer Sekretärin wegen des zunehmenden Arbeitsaufwandes, Einstellung einer Fachkraft und eines Untersuchungsbeauftragten). Die Kosten im Zusammenhang mit externen Kooperationen werden über zweckgebundene Mittel des Haushalts 2007 und über die freiwilligen Beiträge der Regionen finanziert.

Die Herren Yves Morvan und Jacques Boulau erinnern daran, dass die Beiträge seit 2004 an den Inflationsindex gebunden seien und meinen, man müsse einen Schritt weiter gehen. Sie schildern 4 Szenarien:

| Vorgeschlagene Erhöhung | Geschätztes Ergebnis für 2008 |
|----------------------------------|-------------------------------|
| +1,91% (Inflation nach Eurostat) | - 67.885 € |
| +4% | - 26.845 € |
| +5% | - 7.169 € |
| +6% | + 12.526 € |

Sie empfehlen eine Erhöhung von 5%.

Debatte zum Jahresabschluss 2008

Herr Xavier Gizard erklärt, dass die CVAA (Konferenz der Städte aus dem Atlantikbogen), das FOGAR und das nrg4SD unabhängig vom Haushalt der CRPM sind, und keinerlei Auswirkungen weder auf das Budget noch auf die Beiträge der Mitgliedregionen haben. Diese 3 Posten erklären zum Teil den Anstieg der Reisekosten (sie machen etwa 95.000 € aus).

Herr Claudio Martini schlägt ein dreijähriges Übereinkommen vor, vergleichbar mit dem von Stavanger. Dabei gäbe es eine Beitragserhöhung, um ein ausgeglichenes Ergebnis im Jahr 2008 zu gewährleisten, mit anschließender Stabilisierung für 2009 und 2010 (Anpassung auf den Inflationsausgleich beschränkt).

Herr Kevan Lim stimmt diesem Vorschlag zu.

Frau Gunn Marit Helgesen (Telemark) ist der Ansicht, die Regionen haben keine Wahl, wenn sie die Tätigkeiten der CRPM aufrecht erhalten wollen. Wenn im Jahr 2007 keine Erhöhung beschlossen werde, müsse man die Aufgaben einschränken und darunter diejenigen auswählen, auf die man sich konzentrieren wird.

Der Wirtschaftsplan 2008 wird unter Berücksichtigung der 5 %igen Beitragserhöhung und der Beschränkung der Erhöhungen 2009 und 2010 auf den Inflationsausgleich von der Versammlung verabschiedet. Der Gesamtertrag, einschließlich der CRPM, der geographischen Kommissionen, der internen und externen Kooperationsprogramme und der CVAA beläuft sich auf € 3.151.770 und die Summe der Ausgaben auf € 3.243.740. Nach der Übernahme von zweckgebundenen Mitteln in Höhe von insgesamt € 84.801 weist der Wirtschaftsplan 2008 einen Defizit von € 7.169 auf.

Für das Jahr 2008 wird von der Hauptversammlung folgender Beitragssatz beschlossen:
0,009983 € pro Einwohner.

Mindesbeitrag für die Regionen mit weniger als 621.760 Einwohnern: 6.207 €

3- Verabschiedung der Entwürfe für die Abschlusserklärung und die dazugehörigen Beschlüsse

Herr Jean-Didier Hache (Inselkommission) berichtet über die Arbeit der Gruppe für die Zusammenfassung der Beschlüsse:

- Zu den Änderungsvorschlägen für die Abschlusserklärung, zum Beschluss der Nordsee-Kommission, zu den beiden Beschlüssen der intermediterranean Kommission sowie zum Beschluss der CRPM gibt es keinerlei Bemerkungen.
- Über den Beschluss der Ostsee-Kommission bzw. über die von der Insel- sowie der Nordsee-Kommission vorgeschlagene Abänderung muss in der Hauptversammlung debattiert werden.
Herr Christian Guyonvarc'h bittet um eine Berichtigung der Formulierung („à du combustible fossile“ soll durch „au lieu du combustible fossile“ ersetzt werden).
- **Reinhard Boest (Mecklenburg-Vorpommern)** fragt sich, ob der von der Ostsee-Kommission vorgelegte Beschluss zur «Via Baltica» wirklich zweckmäßig ist. Er teilt mit, er werde gegen diesen Vorschlag stimmen, da die Frage zur Zeit beim europäischen Gerichtshof anhängig ist.

4- Prüfung der Beitrittsgesuche

Die Beitrittsgesuche der Regionen Burgas, Monastir und Syddanmark werden vom Politischen Vorstand angenommen.

5- Zusätzliche Ernennungen in den Politischen Vorstand

Herr Xavier Gizard legt die Liste der neuen Mitglieder im Politischen Vorstand vor. Die Liste wird verabschiedet.

6- Nächste Tagung des Politischen Vorstandes

Die nächste Tagung des Politischen Vorstandes der CRPM findet in Sevilla am 19. Januar 2008 statt. Die Region Süd Ägäis (Griechenland) schlägt vor, den Vorstand für eine weitere Tagung am 27. Juni 2008 nach Rhodos einzuladen.

FREITAG, 19. OKTOBER 2007

SITZUNG 3: SCHRITTE IN RICHTUNG EINER EUROPÄISCHEN MEERESPOLITIK

Herr Claudio Martini begrüßt Kommissar Joe Borg und informiert die Versammlung über den Erfolg des EU-Gipfels von Lissabon, bei dem man sich auf einen Grundlagenvertrag geeinigt hat; er lädt die CRPM dazu ein, dem Rat und der Kommission eine Nachricht mit ihren Glückwünschen und Beistandsbekundungen zukommen zu lassen.

Danach weist er auf die Priorität der CRPM und auf deren Engagement zugunsten einer europäischen Meerespolitik hin. Es werde bald eine ausführliche Analyse der Vorschläge geben, aber das Ziel der Regionen ist, bei dem europäischen Gipfel im Dezember 2007 einen kohärenten Aktionsplan auf den Weg zu bringen. Dabei erklärt er noch einmal, dass die CRPM der künftigen slowakischen Ratspräsidentschaft zur vollen Verfügung stehe.

Anschließend teilt er der Versammlung seine ersten persönlichen Überlegungen mit: Das Blaubuch beinhalte im Keim alles was die Regionen erwartet hatten, nun hieße es, mit dieser Grundlage zu arbeiten, auch wenn

man auf eine Langzeitrevision, auf Initiativen, die Zeichen setzen, und auf eine bessere Übersicht in den Haushaltsfragen gehofft hatte. Im Großen und Ganzen sei das Blaubuch zufriedenstellend, unter anderem in Bezug auf die Berücksichtigung der sozialen Aspekte, und die Regionen seien bereit, sich an den vorgeschlagenen Initiativen zu beteiligen.

Herr Joe Borg (Kommissar für Fischerei und maritime Angelegenheiten) erklärt von vorne herein, mit dem Blaubuch sei die Zeit des Handelns gekommen. Seine Philosophie sei, die Strategie von Göteborg mit der von Lissabon zu verbinden und die Abstimmung der Sektorpolitiken aufeinander zu verstärken. Danach spricht er die wichtigsten Punkte des Blaubuches an, angefangen bei der Governance. Um diese zu verbessern, werden die Regierungen aufgefordert, bei den Politiken Synergieeffekte zu suchen, und die Gesetzgebung nach dem Beispiel von Kanada und Australien zu modernisieren.

Dazu bemerkt er, es gäbe mehr als nur einen möglichen Ansatz, aber die Kommission möchte zum einen den Rahmen vorgeben, nach dem die einzelnen betreffenden Gemeinschaften handeln können, zum anderen Werkzeuge zur Verstärkung der Koordinierung schaffen. Kontrolle, Raumordnung und Information zählt er hierbei als die drei wesentlichen Werkzeuge auf. Als erforderliche Aktion nennt er die Einrichtung eines integrierten Netzwerkes für die Verfolgung der Schiffe und eines Netzes von Beobachtungsstellen mit Kompilierung der Schiffsdaten. Ein Fahrplan sei bereits für 2008 vorgesehen, aber das Ganze würde hauptsächlich in die Zuständigkeit der Staaten fallen.

Eine gesunde Meeresumwelt sei eine äußerst wichtige Voraussetzung, betont er anschließend, und wir hätten die Pflicht, die Ökosysteme der Meere und die Qualität der Küstenzonen zu schützen, wobei letztere vor den Folgen des Klimawandels zu bewahren seien.

Bei der Verwirklichung all dessen hätten die Regionen eine außerordentliche Rolle zu spielen und dabei müssten die zur Verfügung stehenden gemeinschaftlichen Finanzinstrumente uneingeschränkt genutzt werden.

Abschließend kommt er darauf zu sprechen, dass diese Initiative eine wesentliche politische Entwicklung darstellt, und dass nun ein Prozess angelaufen ist, bei dessen Konkretisierung den Regionen eine anerkannte Schlüsselrolle als Regulatoren der Küstenaktivitäten zukommt.

Zum Schluss dankt er der CRPM für das Engagement, das sie bis jetzt für diese integrierte Meerespolitik bewiesen hat. Er rechne auch in Zukunft mit ihrer tatkräftigen Unterstützung.

Im Namen der portugiesischen Regierung lobt **Herr João Mira Gomes (portugiesischer Staatssekretär für Verteidigung und Meeresangelegenheiten)** die Mitteilung der europäischen Kommission, die seiner Ansicht nach die Besonderheit der maritimen Problematiken widerspiegelt, und die statt einzelner Ansätze ein einheitliches, integriertes Konzept anbietet. Er erinnert daran, dass das Blaubuch aus einer intensiven Zusammenarbeit hervorgegangen ist, und dass Portugal diesen Ansatz von Anfang an verfolgt hat: Bereits 2005 wurde der europäischen Kommission ein gemeinsamer Beitrag von Frankreich, Spanien und Portugal geschickt, der in das Grünbuch übernommen wurde.

Er sieht in der kommenden Konferenz von Lissabon einen wichtigen Anlaß für die portugiesische Ratspräsidentschaft, denn es werden maritime Vertreter der 27 europäischen Staaten, sowie aus Norwegen und Island zusammenkommen. Bis zum Abschluss der Tagung des Europarats im Dezember 2007 wird sich die portugiesische Präsidentschaft die Anliegen der Mitgliedstaaten anhören. Danach werden ab Januar 2008 konkrete gestaffelte Maßnahmen nach dem Subsidiaritätsprinzip umgesetzt. Keiner wisse, ob es im künftigen Haushalt der Union eine maritime Linie geben werde – die Entscheidung müsse nachträglich gefällt werden. Abschließend versichert er, dass die Regionen der Meerespolitik einen Mehrwert einbringen.

Herr Jean-Yves le Drian dankt Kommissar Joe Borg und wünscht, dass das Blaubuch nicht „hellblau“ ausfalle. Er weist auf die von der CRPM bis dahin erbrachten Leistungen und auf die starke Mobilisierung sämtlicher Akteure aus dem maritimen Bereich hin.

Zwei wichtige politische Errungenschaften seien dieser Arbeit zu verdanken:

- Das Durchsetzen des Konzepts „Europäischer Meeresraum“;
- Die Behauptung einer integrierten Meerespolitik.

Auch in dem aus 29 Maßnahmen bestehenden Aktionsplan, der das Blaubuch begleitet, seien thematische Errungenschaften zu verzeichnen, unter anderem in der Forschung, bei den maritimen Clusters, der Sicherheit, dem Verkehr, der Energie, der Beschäftigung und im Sozialbereich; dies zeuge von einem echten Willen, etwas zu unternehmen.

Frustration und Bedauern gäbe es allerdings auch, nämlich wegen der Stellung der Regionen, dem Weglassen des Konzepts „Meeresbecken“, der Managementmethoden, dem Fehlen einer Langzeitstrategie und der finanzielle Abgrenzung der Meeresfragen in den europäischen Fonds.

Abschließend verkündet er, dass die CRPM weiter mobil machen wird und sich mit einer Arbeits- bzw. Monitoringgruppe, für die er den Namen «Aqua Marina» vorschlägt, aktiv an der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen beteiligen wird.

Debatte

Der Vertreter der Shetlandinseln betont, das Blaubuch sei die bedeutendste politische Initiative, die je von der Kommission für die Küstenregionen aufgestellt wurde. Die Regionen möchten sie so schnell wie möglich konkretisiert sehen, und für die Küstengemeinschaften muss sie sich auszahlen. Den Fischereigemeinschaften, die in den letzten Jahren drastische Geschäftseinbußen zu beklagen hatten, eine solche Initiative „schmackhaft zu machen“ werde allerdings nicht einfach sein.

Frau Christel Liljeström gratuliert Kommissar Joe Borg und erklärt sich bereit, mit der Mobilisierung fortzufahren. Sie fragt, ob die Kommission damit einverstanden ist, dass die regionalen und lokalen Behörden für die Umsetzung dieser integrierten Meerespolitik zuständig sind. Sie hebt auch hervor, dass das Konzept der „Meeresbecken“ wieder Anwendung finden muss, um bei der Umsetzung der Politik über einen differenzierten Ansatz zu verfügen.

Frau Gunn Marit Helgesen gratuliert ebenfalls Kommissar Joe Borg und betont die Vorteile einer nach Ökosystemen ausgerichteten Herangehensweise und einer unmittelbaren Involvierung der Partner. Sie weist auch ausdrücklich auf den Bedarf an finanziellen Ressourcen hin, wenn man den Aktionsplan - insbesondere in Sachen integriertes Küstenzonenmanagement - erfolgreich durchführen möchte.

Der Vertreter von Kantabrien gratuliert der Kommission und versichert noch einmal, dass sich die Atlantikregionen für den Aktionsplan einsetzen werden, unter anderem für die Sicherheit im Seeverkehr. Diesbezüglich erläutert er, wie wichtig es für die Regionen sei, sich direkt an den Aufgaben der Europäischen Agentur für die Sicherheit im Seeverkehr zu beteiligen.

Herr Philippe Duron (Basse-Normandie) hebt die drei folgenden Punkte hervor: Klimawandel, mit der notwendigen Einschätzung der sozio-ökonomischen Folgen, Häfen und Seeverkehr mit Blick auf die Reduzierung der Formalitäten im Schengen-Raum, und Fischerei vor allem mit der notwendigen Förderung der kleinen Küstenfischerei.

Herr Roald Bergsaker (Rogaland) sieht in der Initiative einen vorbildlichen Prozess, dem er voll und ganz zustimmt. Er unterstreicht die Notwendigkeit von sektorübergreifenden Ansätzen. Als Beispiel dafür nennt er den Korridor der Barentssee und die Beziehungen zu Rußland. Er berichtet, die strategische Priorität der norwegischen Regionen liege in einem verstärkten Gebrauch des Begriffs «hoher Norden».

Auf die vorausgehenden Äußerungen und Fragen erwidert **Kommissar Joe Borg** als erstes, dass das Blaubuch die Standpunkte der Mehrheit widerspiegelt, wie sie in der Konsultationsphase zum Ausdruck kamen. Dies sei erst der Beginn eines noch nicht abgeschlossen Prozesses, der aber klare Richtungen aufzeige.

Zum Thema Fischerei gibt er zu, dass einige Zonen einen Geschäftseinbruch erlitten haben. Dennoch habe die gemeinsame Fischereipolitik dazu beigetragen, den Schaden zu begrenzen. Aber der Rückgang der Bestände bei einigen Arten sei eine Tatsache, der man durch Regulierung der Fangmengen begegnen müsse.

In Bezug auf die regionalen und lokalen Behörden sei er voll und ganz damit einverstanden, diesen eine wichtige Rolle in der Ausarbeitung der Leitlinien für diese Meerespolitik zukommen zu lassen. Er sehe auch ein, dass Einheitsregelungen nicht wünschenswert sind. Bei der Anwendung müsse man sich an den jeweiligen Kontext anpassen, aber es müssten Rahmenbedingungen vorhanden sein; die Regionen werden an der Festlegung dieser Rahmenbedingungen beteiligt, die vorraussichtlich 2008 zur Verfügung stehen werden.

Zu den finanziellen Aspekten berichtet er, die Haushaltskommission des europäischen Parlaments habe € 10 Mio für eine sektorübergreifende Fischerei-Initiative bereitgestellt, bei der es darum geht, über Methoden und Modelle für die Daten-Gewinnung und -Auswertung zu verfügen. Für die übrigen Maßnahmen seien Mittel vorhanden, hauptsächlich über den Regionalfonds. Ab 2013 solle geprüft werden, ob für die Küstenregionen ein spezifischer Fonds eingerichtet werden kann.

Er geht auf die Erwartungen der norwegischen Regionen ein und weist darauf hin, dass die aktive Zusammenarbeit mit den Nachbarländern fortgeführt werde (ebenso im Mittelmeerraum) und dass die Kommission eine uneingeschränkte Kooperation wünsche.

Fortsetzung der Debatte

Herr Abdelkader Fradi hebt hervor, welchen Platz das Mittelmeer nun in der europäischen Meerespolitik einnimmt und wünscht, dass diese Einsicht zur Ablösung der Meda-Programme beiträgt. Er unterstreicht die Bedeutung des Klimawandels für diese Zone und erwartet konkrete Vorschläge zur Bekämpfung dieses Problems.

Der Vertreter von Blekinge fragt sich, ob allen bewußt ist, dass der einzurichtende Aktionsplan auch auf die Lebensräume an Land ausgerichtet sein muss. Als Beispiel nimmt er die Ostsee, die als zu schützende Zone definiert wurde, und für die der Seeverkehr entsprechend zu organisieren ist. Wie werden die Staaten mit diesen Vorgaben umgehen? Was Management und Schutz der Küstenzonen betrifft, fragt er sich, ob Europa über genügend qualifizierte Fachkräfte verfügt, um die entsprechenden Grundsätze in die Praxis umzusetzen und überlegt, ob die CRPM in diesem Bereich eventuell eine Initiative starten könnte.

Frau Lena Celion (Gotland) erklärt sich mit dem Blaubuch zufrieden, aber sie weist auch auf den Bedarf in Sachen Schiffskennzeichnung und Regelung des Verkehrs hin. Sie schlägt vor, dass die Reedereien und die Versicherungen an der Reflexionsarbeit beteiligt werden, und setzt den Akzent auf die Gefahren, die vom Klimawandel ausgehen. Sie beantragt auch, dass die spezifische Problematik der Inseln in vollem Umfang berücksichtigt werde.

Herr Jérôme Polvéryni (Korsika) freut sich darüber, dass mit der integrierten Meerespolitik ein alter Wunsch der CRPM erfüllt wurde. Er äußert sein Bedauern darüber, dass

- es keine Generaldirektion für Meeresangelegenheiten gibt;
- die Inseln nicht angemessen behandelt werden, in Anbetracht ihrer spezifischen Merkmale und ihrer Nachteile; um hier Abhilfe zu schaffen, beantragt er die Gründung einer Statistik-Einheit für die Inseln;
- der gemeinschaftlichen Politik nicht eine größere Flexibilität bei den staatlichen Beihilfen zukommt.

Herr Richard Westlake spricht im Namen von Herrn Humphrey Temperley. Er möchte auf die Lage der kleinen Häfen aufmerksam machen, die trotz ihres geringen wirtschaftlichen Gewichts eine entscheidende Rolle für die Gemeinschaften spielen. Bezüglich der Sicherheit im Seeverkehr fragt er sich, ob die laufenden Maßnahmen wirksam genug sind, um die als Schutzgebiete ausgewiesenen Küstenstreifen zu schützen, oder ob nicht doch spezifische Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Herr Uwe Döring (Schleswig-Holstein und Ausschuss der Regionen) erinnert an den Beitrag des AdR zur Ausgestaltung der integrierten Meerespolitik und bestätigt, dass der AdR vorschlägt, das große Potential der Meere und Ozeane zu verstärken.

Er hebt die besonders positiven Aspekte des Blaubuches hervor, darunter den Aktionsplan und die Forderung nach Kohärenz. Er zeigt auch einige Unzulänglichkeiten auf, die sich aus einer unzureichenden Zukunftsvision und auf das Fehlen eines methodischen Vorgehens zur Erreichung der angestrebten Ziele ergeben.

Er kündigt abschließend die Initiative «Blue Planet Forum» an, die Ende 2007 in Brüssel statt finden wird.

Als Reaktion auf diese Äußerungen und Fragen hebt **Herr João Mira Gomes** hervor, dass wir heute in eine Phase der konkreten Anwendung eintreten, und dass die portugiesische Präsidentschaft alles tun wird, damit das Blaubuch in der Ratssitzung von Dezember verabschiedet wird. Bezüglich der Situation der Inseln und speziell der ultraperipheren Regionen (UPR), solle abgewartet werden, wie diese Fragen im Jahr 2008 angegangen werden. Bezüglich der Schiffe weist er auf die Notwendigkeit hin, innovative Lösungen zu finden. Bei der Außenpolitik und der Nachbarschaftsfrage legt er den Akzent auf die erforderliche Verstärkung des Austauschs in jeder erdenklichen Form.

Er endet indem er unterstreicht, dass hier eine Chance besteht, dass die Bürger wieder mehr zum Projekt Europa stehen, zumal rund 50% von ihnen in den Küstenregionen leben und arbeiten.

Zum Abschluss der Sitzung ergreift **Herr Claudio Martini** das Wort. Er betont, dass diese Initiative auf großes Interesse gestoßen ist, denn sie wird als Gelegenheit zum Starten konkreter Aktionen betrachtet. Er nimmt die zusätzlichen Anträge der Regionen zur Kenntnis. Er bemerkt auch, Kommissar Joe Borg möge

zwar verlangen, realistisch zu sein, aber dies schließe keineswegs eine enge Überwachung des eingeleiteten Prozesses aus.

Er nimmt auch die von den Inseln und den UPR vorgebrachten Anliegen zur Kenntnis.

Er meint, auch wenn wir leichtes Unbehagen empfinden, solle der Dialog trotzdem fortgeführt werden, und dabei solle der Blick nicht auf Fürsorgemaßnahmen und Ausnahmeregelungen haften bleiben. Wir müssen uns als Ziel einen Spitzenplatz in der Konkurrenzfähigkeit setzen.

Er macht sich zum Sprachrohr von Präsident Le Drian, indem er die Gründung einer Monitoring-Gruppe für die Umsetzung des Aktionsplans Meerespolitik beantragt, für die er wie auch Präsident Le Drian den Namen «Aqua Marina» vorschlägt.

SITZUNG 4: DIE PERSPEKTIVEN FÜR DEN HAUSHALT DER EUROPÄISCHEN UNION

Frau Eulalia Rubio (Unser Europa) präsentiert die Schlussfolgerungen aus dem im April 2007 durch das Reflexionszentrum «Unser Europa» veranstalteten Seminar zur Rolle des EU-Haushalts.

- Zum einen werden damit die Aufgaben bestimmt, die dem Gemeinschaftshaushalt nicht zukommen dürfen: Umverteilung der Kredite auf die Mitgliedstaaten, ständige und bedingungslose Unterstützung gewisser Akteure und Sektoren, persönliche Umverteilung auf Einzelne, oder noch makro-ökonomische Stabilisierung.
- Des weiteren werden die Aufgaben aufgezählt, die dem Gemeinschaftshaushalt zukommen: Finanzierung von europäischen öffentlichen Gütern, Förderung eines politischen Vorhabens und Verwirklichung der satzungsgemäßen Ziele der Union, Ausgleich der Negativfolgen des Integrationsprozesses, Finanzierung von Anreizen zur Beschaffung von Privatgeldern.
- Wie kann man auf dieser Grundlage auf ein zufriedenstellendes europäisches Budget hinausarbeiten? Es bleiben einige Fragen offen, unter anderem zu den auszuwählenden Kriterien, dem Gesamtvolumen des Budgets, dem Ausmaß der Reform, zur Aufteilung der Zuständigkeiten unter den drei Gemeinschaftsinstitutionen und dazu, ob die Einführung einer europäischen Steuer notwendig ist oder nicht, und wenn ja, welche.

Debatte

Herr Desmond Clifford (Wales) warnt davor, die Haushaltsdebatte zu unterschätzen. Er erinnert daran, wie im Jahr 2005 die reichsten Mitgliedstaaten sich nicht damit begnügen wollten, das Gesamtvolumen der Ausgaben zu deckeln, sondern eine Verringerung gewünscht haben. Die jetzige Diskussion setze die Weichen für die spätere über die künftige finanzielle Vorausschau, die in ein paar Jahre gestartet wird. In diesem Sinne bittet er die Regionalbehörden, ihre eigene Lobbyarbeit bei ihrem jeweiligen Mitgliedstaat zu übernehmen.

Herr Javier Velasco Mancebo (Asturien) erinnert daran, dass in den 1980er Jahren die Haushaltsentscheidungen auf Studien zum wirtschaftlichen Nutzen der zugewiesenen Mittel beruhten. In nostalgischer Erinnerung an dieses «goldene Zeitalter» beantragt er, dass Europa und die CRPM sich für eine solche Vorgehensweise einsetzen.

Herr Xavier Gizard lobt die vorausgegangene Präsentation, die eine Sensibilisierung der Regionen für die Aufgaben der kommenden Jahre ermöglicht. Er weist auf folgende Etappen hin:

- Januar 2008: Reflexionstag über die Zukunft der Regionalpolitiken in Sevilla (von der CRPM und dem Ausschuss der Regionen auf Einladung von Präsident Chaves gemeinsam veranstaltet);
- Mai 2008: Seminar zur Präsentation der Arbeit des BEPA, von Präsident Barroso veranstaltet. Die CRPM wird anwesend sein;
- Oktober 2008: Einladung von Haushaltskommissarin Dalia Grybauskaitė zur Hauptversammlung der CRPM, um zu erfahren, wie sie sich den weiteren Verlauf dieses Prozesses vorstellt.

Allgemein tragen die Arbeiten zur GAP und zur Regionalpolitik unmittelbar zur Debatte über den europäischen Haushalt bei.

Herr Vannino Chiti (italienische Regierung) erinnert daran, wie sehr die CRPM ihm am Herzen liegt, und meint solche Organisationen seien unverzichtbar, wenn man Tag für Tag mit persönlichen Beziehungen und gemeinsamen Projekten an der Schaffung eines echten europäischen Geistes arbeite. Er weist danach auf die Ergebnisse des Lissaboner Gipfels zur Wiederaufnahme des Projekts Europa hin, und hofft, der Vertrag werde am 13. Dezember von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet.

Anschließend unterstreicht er die Notwendigkeit eines sozialen Europas, denn alleine ein soziales Europa vermag einen Zusammenhalt unter den Völkern hervorzubringen. Darüber hinaus plädiert er für mehr Gerechtigkeit und Stabilität, vor allem im Mittelmeerraum, in dem Europa wieder an erster Stelle stehen müsse.

Er verweist diesbezüglich auf die Initiative von Präsident Sarkozy zugunsten einer Mittelmeer-Union, bei der die Regionen eine große Rolle spielen werden, insofern sie Programme und Projekte anregen, den Austausch von Erfahrungen und good practices fördern und Lösungen für das Einwanderungsproblem anbieten.

Er stellt fest, dass Europa in Sachen nachhaltiger Entwicklung und Klimawandel eine herausragende Rolle einnimmt, und dass dabei auch den Regionen ein wesentlicher Platz zukommt. Er unterstreicht die Fähigkeit der CRPM, vorausschauend zu agieren, und hält bei den gegebenen Herausforderungen einen dreifachen Ansatz – Kommission, Staaten, Regionen – für notwendig.

Abschließend legt er ein Projekt zur Reform der Institutionen vor, das zur Zeit in Italien läuft und bei dem eine Kammer der Regionen, Provinzen und Städte den Senat ablösen soll. Die Zuständigkeiten würden paritätisch unter dieser Kammer und der Kammer der Abgeordneten geteilt werden. Diese Initiative würde weitere Aktionen ergänzen, die auf eine größere Dezentralisierung abzielen. So gibt es jetzt zum Beispiel in den italienischen Delegationen zu den EU-Ratssitzungen zwei Vertreter der Regionen, die im Bereich der staatlichen Beihilfen mitwirken.

Er beendet seinen Beitrag mit einem Hinweis auf die Bedeutung des Termins von 2013, der eine echte Chance für die Festigung der Partnerschaft Staaten/Regionen bieten könnte; wenn nicht würde die Gefahr des Auseinanderbrechens und des Kohäsionsverlustes groß sein.

SITZUNG 5: VORSTELLUNG DER NEUEN MIGLIEDREGIONEN

Sieben Regionen sind der CRPM neu beigetreten: Picardie (Frankreich), Schleswig-Holstein (Deutschland), Burgas und Varna (Bulgarien), Chiatura (Georgien), Syddanmark (Dänemark) und Monastir (Tunesien); Odessa (Ukraine) und das Bundesland Schleswig-Holstein (Deutschland) stellen jeweils ihre Region vor.

SITZUNG 6: PRÜFUNG UND ABSTIMMUNG ÜBER DIE ABSCHLUSSERKLÄRUNG UND DIE BESCHLÜSSE

Herr Claudio Martini eröffnet die Sitzung und schlägt vor, eine Erklärung hinzuzufügen, um darin dem Rat von Lissabon zur Verabschiedung des Vertrags und der Bedingungen zur Bildung des europäischen Parlaments zu gratulieren.

Die Zusatz-Erklärung wird verabschiedet (1 Enthaltung: Hampshire).

Herr Jean-Didier Hache legt die Ergebnisse der Gruppe für die Synthese der Beschlüsse vor:

1. Die Abschlusserklärung wird einstimmig verabschiedet (1 Enthaltung: Hampshire)

2. Der von der Nordsee-Kommission vorgelegte Beschluss wird einstimmig verabschiedet.

3. Der von der Ostsee-Kommission vorgelegte Beschluss wird debattiert:

Die Inselkommission und die Nordsee-Kommission verlangen die Streichung eines Teils aus dem fünften Absatz. Darüber wird diskutiert:

- **Der Vertreter von Västerbotten** versichert noch einmal, dass der Klimawandel in den Regionen eine Tatsache sei, und die davon ausgehende Gefahr der Versteppung, der Migrationen und der Konflikte groß. Der Ernst der Lage erfordere durchgreifende Maßnahmen, wie zum Beispiel eine auf Abschreckung zielende Erhöhung des Preises für fossile Brennstoffe. Er habe Verständnis für die Bemerkungen der Inseln und der Küstenregionen, aber denkt, dass die Kosten noch steigen werden, wenn man nicht sofort handle, sondern noch warte.
- **Herr Kevan Lim** stimmt der Streichung dieses Satzes zu, denn er meint, darin würde die Frage der erneuerbaren Energien stark vereinfacht dargestellt. Was würde denn passieren, wenn diese nicht schnell genug ausgebaut werden? Vor allem müssten die erneuerbaren Energien billig werden, was in erster Linie über ausgedehnte Forschung und Entwicklung in diesem Sektor zu erreichen sei.
- **Ein schottischer Vertreter** pflichtet auch der Streichung dieses Satzes bei, denn damit werde anscheinend einer Steuerpolitik zugestimmt, die sich gegen die Interessen der Inseln bzw. gegen

deren Verkehrsanbindung richtet. Man dürfe keine Maßnahmen treffen, die manchen Wirtschaften die Luft abschnüren würden.

- **Der Vertreter der Western Isles** schätzt, dass eine solche Maßnahme zum Nachteil der ländlichen Zonen wäre und fordert deshalb die Streichung des Satzes.
- Für den **Vertreter von Katalonien** wäre es denkbar, die fossilen Energien zu besteuern und die Einnahmen zur Subventionierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu verwenden.
- **Der Vertreter von Midtjylland** ersucht die europäische Kommission, sich bei den internationalen Protokollen stark zu engagieren und spricht sich auch für die Streichung des Satzes aus.
- **Der Vertreter von Hiiumaa-Saaremaa** befürwortet die Streichung des Satzes.
- **Herr Claudio Martini** ist für die Streichung des Satzes, denn mit dieser Aussage würden wir zu denjenigen gezählt werden, die bereit wären, zum Zweck der Veränderung eine Katastrophe in Kauf zu nehmen, anstatt diese Veränderung durch Weiterentwicklungen herbeizuführen. Bevor der Preis für fossile Brennstoffe erhöht wird, scheint es sinnvoller, am Lebensstil etwas zu ändern. In diesem Punkt müsse unsere Botschaft klar und deutlich sein. Er schätze jedoch die Initiative der Ostsee-Kommission, die weniger bequeme Alternativen aufzeigt, um wirklich etwas zu bewegen.
- **Herr Jean-Didier Hache** bemerkt, dass der Vorschlag ein grundlegendes Problem aufwirft, das der Reflexion bedarf. Bei Energie und territorialer Kohäsion würden manchmal die Interessen miteinander kollidieren.
- **Der Vertreter von Hordaland** wünscht, dass solche Politiken unterstützt werden, die die Nutzung alternativer erneuerbarer Energien fördern und Innovation, Forschung und Entdeckung anregen.
- **Herr Claudio Martini** weist darauf hin, dass der aktuelle Text bereits diese Dimension berücksichtigt.
- **Der Vertreter von Västerbotten** ist bereit, den betreffenden Satz zurückzuziehen, ohne darüber abzustimmen.

Die übrigen Änderungen zu diesem Beschluss werden einstimmig verabschiedet.

4. Der von der Ostsee-Kommission vorgelegte Beschluss zur «Via Baltica» wird debattiert:

Der Vertreter von Galicien bemerkt, dass dieser Beschluss sich mit einem sehr vielschichtigen Problem befaßt. Er ist der Ansicht, mit der Verabschiedung dieses Textes würde eine falsche Botschaft ausgesendet, nämlich dass die wirtschaftliche Entwicklung eine höhere Priorität als die Umwelt genieße, als würde die Umwelt nur ein kleineres Problem darstellen. Nein, Umwelt und Regionalentwicklung müsse man in Einklang bringen, meint er. Er würde zwar den Infrastrukturbedarf der Region verstehen und einsehen, aber man dürfe sie nicht in dem Glauben lassen, diese Infrastrukturen würden zu jedem beliebigen Preis verwirklicht werden können.

Frau Christel Liljeström merkt an, diese Umfahrung sei sehr wichtig.

Herr Dariusz Piontkowski (Podlachien) weist darauf hin, dass die Personen, die zur Tagung des Politischen Vorstandes der CRPM nach Augustów kamen, Gelegenheit hatten, sich ein Bild des Infrastrukturdefizits der Region zu machen. Er erinnert außerdem daran, dass die betroffene Zone kein Schutzgebiet ist, aber dass es dort tatsächlich schützenswerte Lebensräume gibt. Deshalb würde das Projekt im Rahmen des Bauvorhabens auch Ausgleichsmaßnahmen für die Umwelt beinhalten. Zum Schluss erwähnt er noch, dass dieses Projekt vor allem den Schutz von menschlichem Lebensraum gewährleisten wird, welcher in der aktuellen Situation nicht ausreichend gegeben ist.

Der Vertreter von Ostrobothnia erinnert daran, dass dieses Vorhaben eine lange Vorgeschichte hat. Ab 1994 wurden gegenüber der Via Baltica Verpflichtungen eingegangen und Pläne vorgeschlagen. Er hofft, dieser Text werde verabschiedet.

Zur Erläuterung der Sachlage meint **Herr Claudio Martini**, mit diesem Text solle nicht nur eine Lösung für die festgefahrene Situation gefunden, sondern auch die europäische Kommission gebeten werden, die Lage im Lichte der nachhaltigen Entwicklung und der fairen Behandlung der Bürger neu zu prüfen.

Der Beschluss wird angenommen (4 Stimmen dagegen und 10 Enthaltungen)

5. Der von der Intermediterranean Kommission vorgelegte Beschluss über die Verschmutzung im Mittelmeer wird einstimmig verabschiedet (1 Enthaltung).

6. Der von der intermediterranean Kommission vorgelegte Beschluss über Waldbrände wird einstimmig verabschiedet.

7. Der von der CRPM vorgelegte Beschluss über den Klimawandel wird einstimmig verabschiedet

Herr Xavier Gizard präsentiert die Liste der neuen Vorstandsmitglieder. Die Liste wird einstimmig verabschiedet.

SITZUNG 7: HAUSHALTSENTSCHEIDUNGEN

Herr Yves Morvan und **Jacques Boulau** berichten über:

- Den Jahresabschluss 2006. Dieser ist ausgeglichen. Er wurde bereits in der Sitzung des Politischen Vorstandes in Augustów verabschiedet, und wird durch die Hauptversammlung ratifiziert.
- Das laufende Jahr 2007. Voraussichtlich wird der Haushalt Ende des Jahres leicht im Plus sein (um etwa 50.000 bis 60.000 €)
- Einen Vorschlag für den Haushalt 2008. Herr Jacques Boulau verweist auf die Debatte des Vortages im Politischen Vorstand, und Claudio Martini erinnert an die Diskussion des Vorstandes zum FOGAR.

Debatte über den Vorschlag für den Haushalt 2008:

Herr Kevan Lim erklärt sich einverstanden mit dem Vorschlag. Er lobt die Entscheidung, die Frage des FOGAR auf die Tagesordnung der Sitzung des Politischen Vorstandes im Januar 2008 zu setzen, und freut sich, dass die Erhöhung von 5% nicht auf das FOGAR zurückzuführen sei. Er verlangt einen Bericht über die Verwendung dieser 5% anlässlich der Januar-Tagung des Politischen Vorstandes.

Frau Josefina Moreno (Murcia) ist mit der Suche nach eine Lösung für das Haushaltsdefizit 2008 einverstanden, aber weist auch darauf hin, dass ein Haushalt kein Defizit aufweisen sollte.

Herr Claudio Martini informiert über die Vorbereitung einer Aufstellung der Ausgaben durch das Generalsekretariat, die garantieren soll, dass es zu keinen überzogenen Ausgaben kommt, und dass die CRPM ihr Budget nicht überschreiten wird.

Der Vorschlag für den Haushalt 2008 wird mit 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen genehmigt.

Darüber hinaus wird folgende Erklärung einstimmig verabschiedet (1 Enthaltung):

«Die CRPM-Plenarversammlung von 2007 in Florenz genehmigt die vom Verwaltungsrat vorgeschlagene Beitragserhöhung von 5% für das Jahr 2008, um das Spar- und Expansionsbudget für die Aktivitäten der CRPM bestmöglich zu verwalten und beschließt, das es für die Jahre 2009 und 2010 keine Beitragserhöhung außer der zum Ausgleich der europäischen Inflationsrate geben wird».

ABSCHLUSS

Präsident Claudio Martini schließt die Arbeitssitzungen der Hauptversammlung und bedankt sich bei allen Delegierten. Er bedankt sich auch bei den Regionen Aquitanien, Västra Götaland und Aberdeen City, die jeweils die Veranstaltung der Hauptversammlung in den Jahren 2008, 2009 und 2010 übernehmen werden.